

nissen den Abg. Torgler vor. Die Wahl ergibt für den Abg. Rauch (D.D.P.) 196, für den Abg. Löße (Soz.) 198, Graef (Dnt.) 86 und Torgler (Komm.) 88 Stimmen.

Demnach hat keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht und es muß Stichwahl zwischen den Abgeordneten Rauch und Löße stattfinden.

In der Stichwahl wird Abg. Rauch (D.D.P.) mit 266 Stimmen zum Zweiten Vizepräsidenten gewählt, 202 Stimmen fielen auf den Abg. Löße (Soz.). Nunmehr wird noch die Wahl des Dritten Vizepräsidenten vorgenommen. Hierzu werden vorgeschlagen von den Nationalsozialisten Abg. Dr. Hugo (D.D.P.), von den Sozialdemokraten Abg. Löße, von den Deutschnationalen Abg. Graef (Dnt.) und von den Kommunisten Abg. Torgler. Stimmen erhielten Abg. Dr. Hugo 204, Abg. Löße 193, Abg. Torgler 87, Abg. Graef 82. Es findet also Stichwahl zwischen Hugo und Löße statt.

Bei der Stichwahl zwischen den Abgeordneten Löße und Hugo entfielen auf Löße 206 Stimmen, auf Dr. Hugo 204 Stimmen. Abg. Löße ist also zum 3. Vizepräsidenten gewählt.

Dann folgt die Wahl der Schriftführer. — Die Wahl der 12 Schriftführer wird in einem Wahlgang vollzogen. Das Ergebnis dieser Wahl wird in der Mittwoch-Sitzung verkündet werden.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt erneut die sofortige Abtötung über die Haftentlassung der in Haft befindlichen drei kommunistischen Abgeordneten.

Abg. Dr. Frid (Natsj.) erklärt, er werde der sofortigen Abtötung nicht widersprechen, wenn sie zugleich auch für die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten gelte.

Widerpruch wird diesmal nicht erhoben und die Haftentlassung der fünf Abgeordneten wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten beschlossen. Damit ist der Arbeitsstoff der ersten Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung soll nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten Ester am Mittwoch, 2 Uhr nachmittags stattfinden. Auf der Tagesordnung soll nach seinem Vorschlag stehen der Gehörtsbericht über die Vertretung des Reichspräsidenten, Anträge auf Aenderung der Notverordnung vom 4. September, Amnestieanträge und Anträge auf Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung.

Abg. Löße (Soz.) beantragt, auch die Entgegennahme der Regierungserklärung und die Anträge auf Abschaffung der Sondergerichtsbarkeit auf die Tagesordnung zu setzen.

In der nun folgenden Abstimmung wird der kommunistische Antrag, das Mißtrauensvotum schon morgen auf die Tagesordnung zu setzen, mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten abgelehnt. Die Kommunisten rufen: „Die Retter Schleifers!“ Gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten wird auch der sozialdemokratische Antrag auf Regierungsprogrammdebatte abgelehnt. Es bleibt beim Vorschlag des Präsidiums.

Der Reichspräsident beim Gottesdienst zur Eröffnung des Reichstages

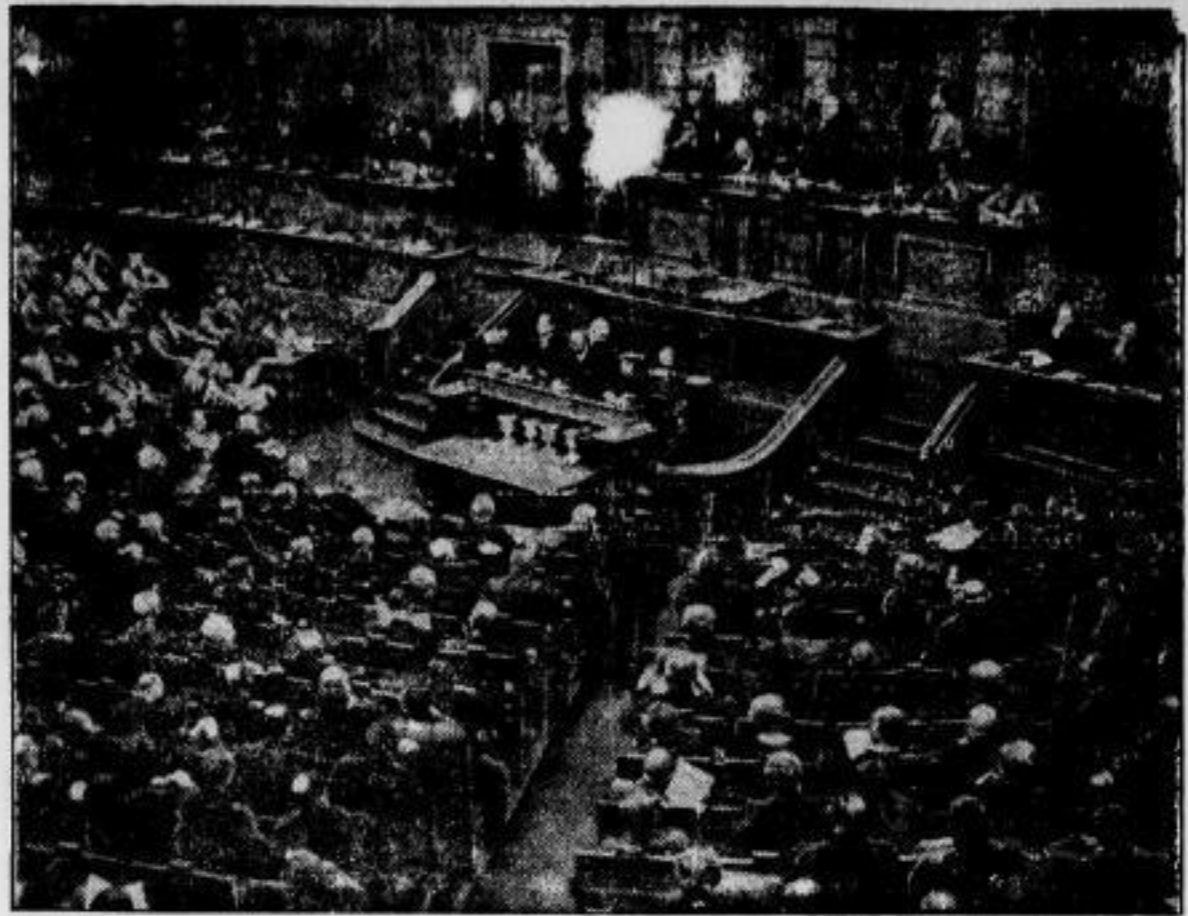
Berlin, 6. Dez. Nach althergebrachter Sitte fand heute mittag aus Anlaß der Eröffnung des Reichstages im Dom ein Gottesdienst für die Mitglieder der Reichsregierung, des Reichsrates und des Reichstages statt. Die Hohe Geistlichkeit empfing im Vorraum des Domes den Reichspräsidenten von Hindenburg, der Punkt 12 Uhr in Begleitung von Staatssekretär Weisner erschienen war. An dem Gottesdienst nahmen außerdem der Reichsfinanz- und der Reichswirtschaftsminister teil. Der Vizepräsident des evangelischen Oberkirchenrates, Oberdomprediger D. Burghardt, hielt die Predigt.

Wieder eine Völkerverbundskommission

Genf, 6. Dez. Zum zweiten Male in seiner gegenwärtigen Tagung verhandelte der Völkerverbundsrat heute vormittag über den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay. Auf Vorschlag des Ratspräsidenten wurde beschlossen, möglichst bald eine unparteiliche Kommission mit ausgedehnten Vollmachten zur Begutachtung des Konfliktes an Ort und Stelle zu entsenden. In einer längeren Aussprache ergab sich, daß die beiden streitenden Staaten grundsätzlich mit der Entsendung einer solchen Kommission einverstanden sind. Der Vertreter Boliviens erklärte sich mit einer sofortigen vorbehaltslosen Waffenruhe einverstanden, während der Vertreter Paraguays geltend machte, daß sein Land widerrechtlich überfallen worden sei und infolgedessen keinen bloßen Waffenstillstand annehmen könne, sondern Sicherheit gegen eine spätere Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verlangen müsse.

3000 Chinesen interniert

Moskau, 6. Dez. Die Zahl der auf sowjetrussisches Gebiet übergetretenen chinesischen Soldaten der Armee Supingwen beträgt 3000. Die Soldaten wurden entwaffnet und interniert.



Die erste Sitzung des neuen Reichstags

Der nationalsozialistische Abgeordnete General Lohmann eröffnet als Vizepräsident die Sitzung.

Der Kampf um die Gleichberechtigung

Die Fünfmächte-Besprechung in Genf

Genf, 6. Dez. Die heutige Nachmittagsbesprechung der Vertreter der fünf Großmächte dauerte vier Stunden. Sie soll morgen fortgesetzt werden. Herriot und MacDonald haben in Aussicht gestellt, Ende der Woche wieder nach Genf zurückzukommen. In ihrer Abwesenheit werden die Verhandlungen auf französischer und englischer Seite von Paul Boncour und Sir John Simon geführt werden. In französischen Kreisen wird behauptet, daß Fortschritte erzielt worden seien. Man spricht von einer Formel, in der die deutschen und französischen Wünsche gleichmäßig berücksichtigt seien.

Ueber die Besprechung wird folgendes Communiqué ausgegeben: Die zwanglosen Besprechungen, die in Genf zwischen den fünf Mächten vereinbart worden waren, sind heute unter dem Vorsitz von MacDonald eröffnet worden. Die Delegierten traten am Vormittag und am Nachmittag zusammen und haben einen entsprechenden Fortschritt erzielt. MacDonald und Herriot müssen Genf heute abend verlassen, beabsichtigen aber, Ende der Woche zurückzukehren. In der Zwischenzeit werden die Fünfmächte-Besprechungen zwischen den anderen Delegierten fortgesetzt werden.

Genf, 6. Dez. Ueber das bisherige Ergebnis der Fünfmächte-Besprechungen kann weiter folgendes mitgeteilt werden:

Durch das Eingreifen und die entschiedene Haltung des deutschen Außenministers ist die Erörterung wieder auf ihr eigentliches Thema, die Frage der deutschen Gleichberechtigung, zurückgeführt worden. Dabei ergab sich, daß auch von französischer Seite grundsätzlich, wenn auch noch in sehr unbestimmter Form, der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung anerkannt wird. Der französische Ministerpräsident hat hierzu im Namen seiner Regierung eine Erklärung abgegeben, die nach allgemeiner Auffassung vor sechs Monaten noch nicht möglich gewesen wäre, und die trotz aller gebotenen Vorbehalte einen Schritt vorwärts bedeutet.

Neben dieser französischen Erklärung steht im Vordergrund der weiteren Verhandlungen der Fünfmächte-Konferenz ein Vorschlag des deutschen Außenministers, wonach alsbald durch eine öffentliche Erklärung nicht nur das Prinzip, sondern auch die tat-

sächliche Gleichberechtigung Deutschlands festgelegt werden soll. Weiterhin soll, da über die Einzelfragen eine Einigung jetzt noch nicht erreicht werden kann, eine Kommission von fünf Mächten eingesetzt werden, die bis Ende Januar die weiteren Beschlüsse der Hauptdelegierten vorbereitet.

Ueber den Verlauf der heutigen Besprechungen verriet u. a.: MacDonald erklärte eingangs, es liege keine Verabredung vor. Der deutsche Außenminister wies darauf hin, daß der amerikanische Plan weiter nichts als eine wesentliche Verschlebung aller zu lösenden Fragen darstelle. Er unterbreitete dann im Laufe des Nachmittags selbst die bereits zitierten Vorschläge, auf deren Erörterung MacDonald im Augenblick mit Rücksicht auf ihren weitgehenden Charakter nicht eingehen wollte.

Im Namen der französischen Regierung gab dann Herriot folgende Erklärung ab: Frankreich erkennt an, daß es das Ziel der Konferenz ist, Deutschland und den anderen durch die Friedensverträge entwaffneten Mächten die Gleichberechtigung in einem Regime zu gewähren, das für alle Nationen wie für es selbst die Sicherheit im Besonderen würde.

Angeichts dieser französischen Erklärung wurde der deutsche Außenminister gefragt, ob unter diesen Umständen der Wiedereintritt Deutschlands in die Abwehrungsorganisation möglich wäre. Reichsaußenminister von Neurath ging auf diese Frage nicht ein, sondern behielt sich die Stellungnahme zu der französischen Erklärung vor. Es entwickelte sich nun hauptsächlich zwischen dem amerikanischen und französischen Delegierten eine Auseinandersetzung über den amerikanischen Plan, wobei sich ergab, daß der amerikanische Plan von französischer Seite, wenn auch aus anderen Gründen, noch schärfer abgelehnt wird als von Deutschland. Die Einstellung Englands zu dem Davis-Plan ist noch nicht klar zu erkennen, und die italienischen Vertreter halten sich sehr zurück. Der amerikanische Vertreter besteht aber auf der weiteren Diskussion seines Planes. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die nächsten Tage in Abwesenheit des französischen und des englischen Regierungschefs hauptsächlich mit der Diskussion dieses Planes ausgefüllt sein werden. Der deutsche Außenminister wird dabei, da Deutschland an dem amerikanischen Plan keinerlei Interesse hat, nur die Rolle eines Beobachters spielen.

Hoovers Jahresbotschaft an den Kongreß

Washington, 6. Dez. In beiden Häusern des Kongresses wurde heute die Jahresbotschaft des Präsidenten verlesen. Hoover fordert darin als Programm der gegenwärtigen Kongrestagung eine weitere Herabsetzung aller Bundesausgaben, eine Reform des Privatbankensystems und eine enge Zusammenarbeit mit dem Ausland in Wirtschaftsfragen. Der Präsident lehnt den Wunsch der alliierten Schuldner nach Aufschub der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenzahlungen mit der Begründung ab, daß Vertrauen und Freundschaft nur dann erhalten werden können, wenn man Verträge getreulich erfüllt, bis sie durch ein gegenseitiges Abkommen geändert seien und eine für beide Teile segensreiche Lösung gefunden sei. Weiter teilt Hoover mit, daß die Verhandlungen mit den alliierten Regierungen noch andauern. Er werde dem Kongreß eine ergänzende Botschaft übermitteln, sobald diese Verhandlungen abgeschlossen seien. In der Botschaft wird angedeutet, daß Hoover für diejenigen Staaten, bei welchen Transfer-Schwierigkeiten bestehen, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hindernisse vorschlagen gedenkt. Von der Weltwirtschaftskonferenz erhofft Hoover eine Besserung der Warenpreise, der Beschäftigung



Der frühere Reichkanzler Dr. Brüning begibt sich zur Eröffnungssitzung.



Reichspräsident Goering betritt das Reichstagsgebäude.